

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)
ABG Aria Business GmbH
Schrickerasse 5/1, 1220 Wien

1. Geltungsbereich

Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) gelten für sämtliche Geschäftsbeziehungen zwischen der ABG Aria Business GmbH (im Folgenden „Dienstleister“) und ihren Auftraggeber:innen (im Folgenden „Mandant“), insbesondere im Rahmen von Dienstleistungen in den Bereichen Bilanzbuchhaltung, Buchhaltung, Personalverrechnung und Unternehmensberatung. Abweichende Vereinbarungen bedürfen der schriftlichen Zustimmung beider Parteien. Die AGB sind Bestandteil jedes Dienstleistungsvertrages.

2. Leistungsumfang

Der Dienstleister erbringt die angebotenen Leistungen auf Grundlage der geltenden gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere des Bilanzbuchhaltungsgesetzes (BiBuG 2006) sowie der einschlägigen Richtlinien der Wirtschaftskammer Österreich. Beratungsleistungen erfolgen nach bestem Wissen und Gewissen, beruhen jedoch nicht auf Rechts- oder Steuerberatung, sofern nicht ausdrücklich und schriftlich vereinbart.

3. Mitwirkungspflicht des Mandanten

Der Mandant verpflichtet sich, sämtliche für die ordnungsgemäße Leistungserbringung erforderlichen Unterlagen, Belege und Informationen vollständig, wahrheitsgemäß und fristgerecht zur Verfügung zu stellen. Verzögerungen oder Fehler, die aufgrund verspäteter oder unvollständiger Mitwirkung entstehen, gehen nicht zu Lasten des Dienstleisters.

4. Honorar und Zusatzleistungen

Die Vergütung richtet sich nach dem vereinbarten Stundensatz, Pauschalhonorar oder Leistungspaket. Alle Preise verstehen sich zuzüglich gesetzlicher Umsatzsteuer (20 %). Zusatzleistungen, die über den vereinbarten Leistungsumfang hinausgehen, werden gesondert nach tatsächlichem Aufwand abgerechnet.

Die Vorbereitung des Jahresabschlusses wird nicht vom Grundhonorar umfasst und gesondert in Rechnung gestellt.

In Bezug auf die Erstellung der Einkommensteuererklärung kann der Mandant frei entscheiden, ob diese durch den kooperierenden Steuerberater des Dienstleisters oder durch einen externen Steuerberater erfolgen soll.

Die Preise und Stundensätze können je nach Rechtsform, Unternehmensgröße, Branche oder gewünschtem Leistungsumfang variieren und werden individuell vereinbart.

5. Zahlungsbedingungen

Rechnungen sind binnen 14 Tagen ab Rechnungsdatum ohne Abzug zur Zahlung fällig.

Bei Zahlungsverzug ist der Dienstleister berechtigt, Verzugszinsen in Höhe von 9,2 % über dem Basiszinssatz (§ 456 UGB) sowie etwaige Mahnspesen geltend zu machen.

Bei anhaltendem Verzug ist der Dienstleister berechtigt, weitere Leistungen zurückzubehalten oder den Vertrag fristlos zu kündigen.

Die Rechnungen sind sofort nach Erhalt ohne Abzug fällig, sofern im Einzelfall nichts anderes vereinbart wurde.

Der Mandant verpflichtet sich, die monatlichen laufenden Kosten für Buchhaltung oder Personalverrechnung mittels SEPA-Lastschriftverfahren begleichen zu lassen.

Das dafür notwendige SEPA-Lastschriftmandat ist vom Mandanten innerhalb einer Woche zu unterzeichnen, an seine Bank zu übermitteln und dem Dienstleister nachweislich bekanntzugeben.

6. Haftung

Der Dienstleister haftet ausschließlich für Schäden, die durch grobe Fahrlässigkeit oder Vorsatz verursacht wurden.

Eine Haftung für mittelbare Schäden, Folgeschäden oder entgangenen Gewinn ist ausgeschlossen.

Die Haftung ist der Höhe nach auf das vereinbarte Honorar des jeweiligen Auftrags begrenzt.

7. Datenschutz und Vertraulichkeit

Der Dienstleister verpflichtet sich zur Vertraulichkeit sämtlicher im Rahmen der Zusammenarbeit erlangten Informationen sowie zur Einhaltung der geltenden Datenschutzvorschriften (DSGVO).

Daten werden nur in dem Umfang verarbeitet und gespeichert, wie es zur Leistungserbringung erforderlich ist.

8. Vertragslaufzeit und Kündigung

Sofern nicht anders vereinbart, kann der Vertrag von beiden Seiten mit einer Frist von 14 Tagen zum Monatsende schriftlich gekündigt werden.

Ein außerordentliches Kündigungsrecht bleibt unberührt, insbesondere bei wiederholter Verletzung der Mitwirkungspflicht oder Zahlungsverzug durch den Mandanten.

Der Vertrag gilt bis zum Ablauf des jeweiligen Kalenderjahres. Preisanpassungen gemäß Verbraucherpreisindex (VPI) sind zu Jahresbeginn möglich; der Mandant wird rechtzeitig darüber informiert.

Bei wiederholter Nichtübermittlung von Belegen oder fortgesetztem Zahlungsverzug behält sich der Dienstleister das Recht vor, den Vertrag fristlos zu kündigen.

Solange offene Forderungen bestehen, ist der Dienstleister berechtigt, die weitere Leistungserbringung einzustellen und sämtliche erstellten Unterlagen und Belege zurückzubehalten, bis der vollständige Zahlungseingang erfolgt ist.

9. Erfüllungsort, Gerichtsstand und anwendbares Recht

Erfüllungsort ist der Sitz des Dienstleisters in 1220 Wien.

Gerichtsstand für alle Streitigkeiten ist das zuständige Handelsgericht in Wien.

Es gilt ausschließlich österreichisches Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.

10. Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser AGB ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen unberührt.

Anstelle der unwirksamen Bestimmung gilt jene Regelung, die dem wirtschaftlichen Zweck am nächsten kommt.